

Die Islamisten sind nicht unbesiegbar

Die Militärstrategie der USA kann im Irak Erfolg haben – in Syrien ist dies hingegen unwahrscheinlich

Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln. Im Irak hat die Strategie der USA zur Bekämpfung der Terrororganisation Islamischer Staat realistische politische Ziele, in Syrien hingegen nicht.

Martin Zapfe

Seit dem 8. August 2014 fliegen Kampfflugzeuge der USA im Rahmen der Operation «Inherent Resolve» Angriffe gegen Ziele der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) im Irak und in Syrien. Zudem entsenden die USA bis zu 3100 Soldaten zur Unterstützung einheimischer Kräfte in den Irak. Ziel der Operation ist laut Präsident Barack Obama, den IS zu schwächen und letztlich zu zerstören. Die Luftangriffe scheinen insgesamt effektiv. Sie zwingen den IS, sein operatives Vorgehen anzupassen, wodurch er erheblich an militärischer Schlagkraft einbüsst. Zudem scheint ein bedeutender Teil der ökonomischen Basis des IS, der Handel mit Öl, erheblich eingeschränkt zu sein. Die Luftangriffe haben dem IS wenigstens teilweise das Heft des Handelns aus der Hand genommen.

Dennoch wird Kritik an der militärischen Strategie laut. Zu spät, zu wenig, so heisst es. Politische Gegner Obamas in den USA und in verbündeten Staaten werfen ihm vor, insbesondere in Syrien zu zögerlich vorzugehen und noch immer keine Linie gefunden zu haben, den Konflikt an der Wurzel zu fassen. Diese Kritik ist nicht falsch – unter Obama haben die USA regional an Glaubwürdigkeit verloren, und seine Strategie gegen den IS ist kompliziert, langwierig und voller Widersprüche. Aber nur wer bereit wäre, einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Region zu akzeptieren, könnte eine fundamentale andere Strategie entwerfen. Davor schrecken aus guten Gründen auch die meisten amerikanischen Kritiker des gegenwärtigen Kurses zurück.

Lauter Widersprüche

Drei Beispiele machen deutlich, dass Washington Handlungszwängen unterworfen ist, die erhebliche Widersprüche in sich tragen. Erstens wollen die USA keine bestehenden Grenzen verändern. Der IS jedoch stellt explizit die gegenwärtigen Grenzen infrage und eröffnet die Möglichkeit einer Neuordnung des Mittleren Ostens. Grösstenteils von europäischen Kolonialmächten gezogen, haben die heutigen Grenzen Kriege nicht verhindert, aber eingeebnet und zumeist in staatlich kontrollierte Bahnen gelenkt. Sollten sie infrage gestellt werden, droht eine blutige Neuordnung der



Die USA stützen sich im Kampf gegen den IS auf ihre Militärmacht, sind in ihrem Spielraum aber eingeschränkt. STEPHENS/NAVY/AP

gesamten Region. Eine Aufspaltung Syriens oder des Iraks, zum Beispiel durch eine Ermächtigung der Kurden zur Sezession, lehnt Washington daher bis jetzt strikt ab.

Zweitens will Obama ein aufstrebendes Iran einhegen und einen Sieg von Präsident Asad im syrischen Bürgerkrieg verhindern. Teheran gehört ohne Frage zu den grossen Gewinnern der amerikanischen Invasion von 2003, und eine schiitisch-iranische Vorherrschaft über bedeutende Teile der Region ist beinahe schon Realität. Die USA können und wollen diese Vorherrschaft nicht mehr verhindern, wohl aber eindämmen. Dazu gehört nicht zuletzt die Ablehnung jeglicher Kooperation mit Asad – auch wenn der Kampf gegen den IS dem syrischen Machthaber natürlich in die Hände spielt.

Komplizierend tritt hinzu, dass Iran im Irak auf der Seite der amerikanischen geführten Koalition kämpft, in Syrien jedoch gegen diese. Eine informelle Kooperation zwischen den USA und Iran wäre somit zunächst notwendigerweise auf den Irak beschränkt. Höchste Priorität haben für die USA ohnehin noch immer die Atomverhandlungen, die nun um weitere sieben Monate verlängert worden sind. Obama ist bis jetzt nicht bereit, einen Erfolg in dieser Frage zu riskieren und offener gegen iranische Interessen in Syrien vorzugehen.

Drittens sollen keine amerikanischen Kampftruppen eingesetzt werden. Das hat mehrere Gründe: Innenpolitisch wäre die amerikanische Bevölkerung wohl nicht bereit, signifikante Verluste in einer Region zu akzeptieren, in der zwischen 2003 und 2011 bereits rund 4500 US-Soldaten gefallen sind. Aussenpolitisch wollen die USA nicht zur «kostenlosen Armee» verschiedener Kriegsparteien werden, die mit erheblichem Aufwand die Defizite ihrer Verbündeten ausgleicht. Militärisch-operativ schliesslich hat der letzte Krieg im Irak Washington zudem den geringen langfristigen Nutzen eigener Truppen in einem kulturell und politisch diffizilen Umfeld aufgezeigt.

Clausewitz im Nahen Osten

Wozu dienen angesichts dieses eingeschränkten Handlungsspielraums dann die amerikanischen Militärberater? Klar ist, dass im Irak kein Mangel an Fachwissen im Umgang mit gängigen Waffen herrscht. Die amerikanische Militärberatung für die irakische Armee ist weniger Ausbildung als vielmehr Koordination ihrer Luftmacht und Kontrolle der irakischen Armee sowie der verbündeten schiitischen Milizen. Auch bei der Unterstützung der Kurden im Irak geht es letztlich nicht um Ausbildung: Zwar sind leistungsfähige Panzerab-

wehrenk Waffen, wie sie zum Beispiel Deutschland liefert, eine wichtige Ergänzung der kurdischen Bewaffnung, und hier ist Ausbildung vonnöten. Darüber hinaus liegt das Interesse der Kurden in der tatsächlichen Präsenz von ausländischen Soldaten in ihrer Region und damit der politischen Verpflichtung zur Unterstützung.

Krieg ist, so gilt seit Carl von Clausewitz, die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln. Unter diesem Diktum wird das eigentliche Problem der amerikanischen Kampagne deutlich: Für den Irak gibt es zumindest kurzfristig einen für die meisten Parteien akzeptablen politischen Endzustand; für Syrien gibt es diesen nicht. Die USA weigern sich seit dem Beginn des syrischen Bürgerkrieges im Jahr 2011, offen in den Konflikt einzugreifen. So beschränkte sich Washington bisher auf eine im Umfang begrenzte Ausbildung und Ausrüstung einer kleinen Zahl «moderater» Rebellen und die Unterstützung des diplomatischen Prozesses, der seit der Konferenz von Montreux 2014 stagniert.

Das dennoch offiziell geäusserte Ziel einer Absetzung Asads scheint in weite Ferne gerückt, eine Entscheidung in Syrien in naher Zukunft unwahrscheinlich. Der Einsatz der USA in Syrien zielt somit nicht auf einen realistischen politischen Endzustand – wer könnte einen solchen angesichts des komplexen und

blutigen syrischen Krieges auch formulieren? Daher gibt es über eine strategische Schwächung des IS hinaus keinen politischen Zweck, den die Militärschläge erreichen könnten, was ihren strategischen Nutzen einschränkt.

Der Einsatz im Irak hingegen ist im Grunde eine Fortsetzung des Krieges von 2003 bis 2011. Anders als in Syrien gibt es im Irak eine politische Zielvorstellung des Einsatzes, auf den sich alle beteiligten Gegner des IS im Grundsatz einigen können: einen funktionierenden, föderalen Irak in seinen völkerrechtlichen Grenzen, in dem der IS keine existenzielle Bedrohung darstellt – im Prinzip einen verbesserten Status quo ante von 2011. Der Vormarsch des IS vom Sommer 2014 ist in grossen Teilen Ausdruck eines von Sunniten getragenen Aufstandes gegen eine schiitisch geführte Zentralregierung in Bagdad. Der Schlüssel zum Erfolg liegt für die USA daher in einem tragfähigen Kompromiss der Bevölkerungsgruppen des Iraks und der wichtigsten Nachbarn – allen voran Iran.

Insbesondere hoffen die USA, durch politische Reformen die Unterstützung der Sunniten zu gewinnen und sie dazu bewegen zu können, sich wie schon 2006 und 2007 gegen den Radikalismus des IS zu stellen. Bedeutende sunnitische Kräfte fühlten sich von Bagdad jedoch um die Früchte der Kooperation von damals betrogen; ob es nach dieser Enttäuschung erneut gelingt, sie zur Kooperation zu bewegen, bleibt abzuwarten. Der IS jedoch kennt die Gefahr und antwortet eben daher mit roher Gewalt und Hinrichtungswellen gegen irakische Stammesmitglieder, die sich gegen ihn auflehnen.

Politische Voraussetzungen

Dennoch scheint ein schneller militärischer Zusammenbruch des IS und dessen Beschränkung auf seine städtischen Hochburgen möglich. Notwendig sind hierfür allerdings drei Bedingungen, welche die politische Strategie der USA erfüllen muss: Washington muss Bagdad und die Vertreter der irakischen Regionen zu politischen Konzessionen bewegen; die Auswüchse konfessioneller Gewalt müssen zurückgebunden werden; schliesslich muss Amerika Teheran klarmachen, dass eine schiitisch geführte Regierung in Bagdad, die auf Minderheiten Rücksicht nimmt, auch im iranischen Interesse liegt. Scheitert Washington mit diesen Zielen, so ist auch die militärische Kampagne praktisch aussichtslos. Im Irak ist ein Erfolg der militärischen Kampagne somit unsicher, aber prinzipiell möglich. In Syrien hingegen ist ein Erfolg nicht in Sicht.

Martin Zapfe leitet das Team Globale Sicherheit am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Kenyas korrupte Soldaten

Seit Monaten wird das ostafrikanische Land von Terroranschlägen heimgesucht – der Staat zeigt sich hilflos

Mitglieder der islamistischen Shabab-Miliz haben im Nordosten Kenyas erneut Dutzende Arbeiter erschossen. Der Bekämpfung des Terrors steht vor allem die Korruption im Weg.

Patrik Wülser, Nairobi

In Mandaia im Nordosten Kenyas nahe der Grenze zu Somalia sind am Dienstag mindestens 36 Arbeiter eines Steinbruchs umgebracht worden. Bewaffnete Angreifer hätten die schlafenden Arbeiter angegriffen und alle Nichtmuslime unter ihnen mit Kopfschüssen niedergestreckt, berichtet die Zeitung «Daily Nation». Einige der Opfer seien anschliessend geköpft worden. Zum Anschlag bekannte sich die islamistische Shabab-Miliz aus Somalia. Der brutale Angriff erfolgte nur wenige Stunden nach einem anderen Anschlag im Nord-

osten Kenyas. Nach Polizeiangaben wurde bei einem Überfall auf eine Bar in der Ortschaft Wajir eine Person getötet, zwölf weitere wurden verletzt.

Morscher Sicherheitsapparat

Die eher muslimisch geprägte Gegend, die aber auch Arbeiter, Lehrer und Beamte aus dem christlichen Süden des Landes anzieht, ist mittlerweile zum bevorzugten Terrorziel der Islamisten geworden. Erst vor zehn Tagen hatte al-Shabab einen Reisebus in der Region überfallen und 28 Personen ermordet.

Die Miliz hatte die Gewalttat damals als Vergeltungsmassnahme für Polizeirazzien in Moscheen in der Hafenstadt Mombasa bezeichnet. Aber schon nach dem Einmarsch der kenyanischen Armee in Somalia vor drei Jahren, welcher der Bekämpfung des Terrors im Nachbarland dienen sollte, hatte al-Shabab Kenya Rache geschworen und Anschläge angekündigt. Der aufsehenerre-

gendste war die Attacke auf das Westgate-Einkaufszentrum in Nairobi im September 2013, bei dem 67 Personen ums Leben kamen. Der Krieg werde nun nach Kenya getragen, verkündete al-Shabab damals. Mit weit über hundert Anschlägen, die noch folgten, verstärkten sich auch die Spannungen entlang der religiösen Bruchlinien im Land. Kenyas morscher Sicherheitsapparat – schlecht ausgerüstet und unterbesetzt – vermochte bisher dem Terrorismus nicht viel entgegenzusetzen.

Vor allem die Korruption ist ein Problem im kenyanischen Anti-Terror-Kampf. Das Land nimmt auf der Liste der weltweit korruptesten Staaten einen Spitzenplatz ein, im Fall von al-Shabab wurde dies zum Sicherheitsrisiko. Bestechliche Grenzbeamte lassen Terroristen passieren, Immigrations-Beamte stellen falsche Pässe aus. Den unterbezahlten Beamte ist das Erschiessen eigener Einkommensquellen im Zweifel wichtiger als die Loyalität zum Staat.

Im Volk wächst jedoch mit jedem Anschlag die Angst, dem Terror schutzlos ausgeliefert zu sein. Nach den Angriffen in den vergangenen Tagen kam es in der Hauptstadt Nairobi zu Protesten. Die Demonstranten fragen sich, warum Armee und Polizei offenkundig unfähig sind, sie zu schützen.

Wie sehr die Korruption den Staat schwächt und den Terror stärkt, zeigte sich nach der Eroberung der somalischen Hafenstadt Kismayo 2012 durch die kenyanische Armee. Die Übernahme der südlichen Hafenstadt galt als Erfolg, sie war seit vielen Jahren Hauptumschlagplatz für Holzkohle-Exporte in die Golfstaaten und damit eine der wichtigsten Einnahmequellen der Miliz. Seit der Eroberung Kismayos sollen al-Shababs Gewinne aus dem Holzkohlehandel aber dennoch weiter gestiegen sein. Allein in den vergangenen zwei Jahren sei Holzkohle im Wert von 250 Millionen Dollar verschifft worden, sagt eine Beobachtergruppe der Verein-

ten Nationen. Zugleich, so der schwere Vorwurf, machten Vertreter der kenyanischen Armee gemeinsame Geschäfte mit al-Shabab.

Kenyatta will durchgreifen

Laut der kenyanischen Tageszeitung «Sunday Nation» werden die Gewinne aus dem Hafen zwischen al-Shabab und den kenyanischen Militärangehörigen geteilt. Andere Quellen behaupten, die Islamistenmiliz und Kenyas Regionalregierung kassierten jeweils 80 Prozent, das Militär die übrigen 20 Prozent. In Nairobi entliess Staatspräsident Uhuru Kenyatta am Dienstag den Polizeichef David Kimaiyo und den Innenminister Joseph Ole Lenku. In einer Rede an die Nation versicherte Kenyatta, bei der Suche nach den Tätern werde jeder Stein umgedreht. Viele Kenyaner begrüssen das entschiedene Vorgehen, fragen sich aber, wie schwer diese Steine sein dürfen und wer sie umdreht.